



WWF

POSITIONS-
PAPIER

DEZEMBER

2010



Zugunsten der Bürger eines nachhaltigen Europas: Reform des EU-Haushalts ab 2014





50 %

BEREITS HEUTE ÜBERSTEIGT UNSER ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK DIE KAPAZITÄT DER ERDE UM 50 %.



20 %

FÜR DAS JAHR 2050 WERDEN DIE KOSTEN DES KLIMAWANDELS AUF BIS ZU 20 % DES WELTWEITEN BIP GESCHÄTZT.



65 %

IN EUROPA SIND 65 % DER BIOTOPE UND 52 % DER ARTEN ERNSTHAFT BEDROHT.

REFORM DES EU-HAUSHALTS: DIE GELEGENHEIT DES JAHRZEHTS

Auf 976 Mrd. Euro in den Jahren 2007–2013¹, und damit auf durchschnittlich 270 Euro pro Bürger und Jahr, beläuft sich der Haushalt der Europäischen Union. Das ist eine Menge Geld, mit dem sich viel bewegen ließe. Bedauerlich nur, dass die Mittel der Steuerzahler nicht so wirkungsvoll für die Interessen und Belange der Bürger Europas eingesetzt werden, wie das möglich wäre. Der EU-Haushalt könnte mehr leisten für das Wohlergehen aller EU-Bürger, die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die wirtschaftliche, finanzielle und ökologische Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft.

Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise stiegen sowohl Armuts- als auch Arbeitslosenquote. Jeder fünfte private Haushalt hat Schwierigkeiten, sich zu finanzieren und seine Kredite abzuführen². Die EU-Bürger wünschen, dass ihr Geld so ausgegeben wird, dass es ihnen zugutekommt und dass damit langfristig Stabilität und Wohlstand geschaffen werden.

Darüber hinaus droht uns die Verschärfung der Umweltkrise. Der ökologische Fußabdruck der EU übersteigt bereits jetzt die Kapazität der Erde um 50 %³. Mit unserer Lebensweise vernichten wir jene natürlichen Ressourcen unseres Planeten, die uns in gesunden Ökosystemen zur Verfügung stehen.

Erdöl für unsere Autos, Erdgas für Heizungen und wertvolle Mineralien für unsere Handys und Laptops – das sind nur einige der Ressourcen, die uns die Natur bietet. Aber auch öffentliche Umweltgüter – wie sauberes Wasser, Nahrung, natürliche Fasern und Arzneimittel –, die entscheidend zu unserem Wohlergehen beitragen, schwinden dahin. Doch ohne diese Leistungen der Natur können wir nicht überleben. Die Suche nach Alternativen zu diesen uns selbstverständlich gewordenen Umweltleistungen wird die EU und ihre Mitgliedsländer mehr kosten, als wir im Moment abschätzen können.

¹ Europäische Kommission, http://ec.europa.eu/budget/prior_future/fin_framework_de.htm. Inklusive aller bereits erfolgten Revisionen und zu derzeitigen Preisen

² Eurobarometer – Juni 2010

³ WWF, The Living Planet Report 2010, http://wwf.panda.org/about_our_earth/all_publications/living_planet_report/



Unser Konsumverhalten zerstört den Planeten und trägt erheblich zum Klimawandel bei. Weltweit sind bereits 40 % der Wälder und 20 % der Korallenriffe zerstört. In Europa sind 65 % der Lebensräume und 52 % der Arten ernsthaft bedroht. Der Verlust an biologischer Vielfalt wie auch der Klimawandel stellen ernsthafte Bedrohungen für Wirtschaft und Gesellschaft dar. Sollten wir dabei tatenlos zusehen, werden wir einen hohen Preis zu zahlen haben. Schätzungen zufolge werden sich die Kosten des Klimawandels im Jahr 2050 auf bis zu 20 %⁴, die des Verlustes an biologischer Vielfalt auf 7 %⁵ des weltweiten BIP belaufen.

**BIOLOGISCHE VIelfALT
UND KLIMAWANDEL
SPIELEN FÜR
VERBRAUCHER UND
UNTERNEHMEN EINE
IMMER WICHTIGERE
ROLLE.**

Heute sagen über 80 % der Konsumenten, dass sie keine Produkte von Unternehmen kaufen würden, die in ihren Beschaffungsstrategien ethische Überlegungen außer Acht lassen. Befragt man wiederum die Betriebe selbst, so sieht jeder vierte Firmenchef den Verlust an biologischer Vielfalt als strategisches Problem für die Wirtschaft an⁶.

Die Bürger der EU und die hier angesiedelten Unternehmen besitzen ein stärkeres Umweltbewusstsein als je zuvor. Sie ergreifen selbst die Initiative, um ihr Leben und Handeln nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit zu gestalten. Jetzt sind die europäischen Institutionen gefordert, diesem Bedürfnis entgegenzukommen und ein zukunftsfähiges Europa mit einer robusteren Wirtschaft aufzubauen. Ein zukünftig an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichteter EU-Haushalt wäre ein erster Schritt in diese Richtung.

**Die Europäische Union hat enormes Potenzial,
Positives zu bewirken.**

Mehr als andere hat die EU die Herausforderungen erkannt. Sie hat in verschiedenen Umweltbereichen, darunter biologische Vielfalt und Wasser, fortschrittliche Gesetze beschlossen. Anerkennenswert sind auch deren Bestrebungen, den Klimawandel in den Griff zu bekommen. Die Verbraucher in der Europäischen Union bewegen sich bereits in Richtung eines nachhaltigeren Konsumverhaltens. Als Bürger erwarten sie von der Politik jedoch eine stärkere Führungsrolle bei der Gestaltung der entsprechenden Rahmenbedingungen.

⁴ The Stern Review on the Economics of Climate Change (Stern-Report über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels), Oktober 2006, http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm

⁵ The Economics of Ecosystems and Biodiversity – TEEB (Die Ökonomie von Ökosystemen und biologischer Vielfalt), November 2009, <http://www.teebweb.org/ForPolicymakers/tabid/1019/language/fr-FR/Default.aspx>

⁶ TEEB for Business (TEEB für die Wirtschaft), 2010, <http://teebweb.org/ForBusiness/tabid/1021/language/en-US/Default.aspx>

Fehlentwicklungen im aktuellen EU-Haushalt

- Das Hauptziel des Haushalts ist das kurzfristige wirtschaftliche Wachstum. Mittel- und langfristige ökologische und soziale Folgen werden nicht angemessen berücksichtigt.
- Viele Subventionen führen zur Schädigung der Umwelt, insbesondere die Subventionen für die Intensivlandwirtschaft, die den größten Posten im europäischen Haushalt ausmachen.
- Durch die Kohäsionspolitik werden bestimmte Wirtschaftszweige massiv gefördert, die uns Infrastrukturen aufzwingen, die zu steigenden Treibhausgasemissionen führen. Erwähnt sei hierbei insbesondere der Straßenverkehr (54 % der Verkehrssubventionen)⁷.
- Vergleichsweise marginal sind dagegen die finanziellen Mittel, die direkt für Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt zur Verfügung stehen. Die Auswirkungen von Subventionen auf die biologische Vielfalt werden selten analysiert.
- Die Entwicklungshilfe konzentriert sich weder auf Armutsbekämpfung noch auf den Umweltschutz: Nur 42 % der finanziellen Mittel der europäischen ODA (Official Development Assistance bzw. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) flossen im Jahr 2008 in die ärmsten Länder⁸, nur 2 % kamen der Umwelt zugute⁹.
- Dem EU-Haushalt fehlt es an Transparenz und öffentlicher Information. Beides hat die politische Kontroverse über dessen Folgewirkungen angeheizt. Die Angemessenheit der Finanzmittelverwendung steht stark in Zweifel. Insgesamt ist die europäische Öffentlichkeit über den EU-Haushalt schlecht informiert. Wiederholte Berichte über Betrug und Missmanagement haben nicht zu einer Verbesserung des Gesamtbildes beigetragen.

Inwiefern die Bürger aus den EU-Ausgaben Nutzen ziehen können, zeichnet sich alles andere als deutlich ab.

⁷ Institute for European Environmental Policy (IEEP), Cohesion Policy and the Environment (Kohäsionspolitik und die Umwelt), April 2010

⁸ EU-Jahresbericht 2009

⁹ Europäische Kommission, Improving environmental integration in development cooperation (bessere Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Entwicklungszusammenarbeit), März 2009

A close-up photograph of green wheat stalks, showing the texture of the leaves and the developing grain heads. The image is slightly blurred, giving a sense of movement or a shallow depth of field. The color is a vibrant green, with some yellowish highlights on the grain heads.

Der nächste Siebenjahreshaushalt der EU, die Finanzielle Vorausschau 2014–2020, bietet Gelegenheit, die Situation zum Guten zu wenden

Der neue Haushaltsplan muss die Gelder dahin lenken, wo sie am notwendigsten gebraucht werden, um dem öffentlichen Interesse in Europa zu dienen und um Europa tiefgreifend in Richtung Nachhaltigkeit zu verändern. Die Reform des EU-Haushalts muss die ökonomische und ökologische Krise konsequent angehen. Die EU und ihre Mitgliedsländer sollten sich nicht darauf beschränken, eine „business as usual“-Wirtschaft fortzusetzen und in der Krise mit Milliardenbeträgen zu stützen – mit dem potenziellen Risiko, die Umweltkrise zu verschärfen. Vielmehr müssen sie Investitionen tätigen, die geeignet sind, den Übergang zu einer umweltfreundlichen „grünen“ Wirtschaft („Green Economy“) zu bewerkstelligen und die ökologischen Grundlagen unserer Gesellschaft langfristig zu sichern.

ÖFFENTLICHE MITTEL FÜR ÖFFENTLICHE GÜTER EINSETZEN

Hauptziele des WWF

Der WWF fordert einen EU-Haushalt, der in eine „Green Economy“ investiert und geeignet ist, das Wohlergehen der Menschen innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu fördern. Hierzu zählen besonders

- Maßnahmen mit dem Ziel, den Klimawandel zu begrenzen,
- Maßnahmen gegen den Verlust der biologischen Vielfalt und natürlicher Ressourcen.

Die WWF-Leitlinien

1. Investitionen für den Klimaschutz, zur Bewahrung der biologischen Vielfalt und den Erhalt der natürlichen Ressourcen

Die EU-Fonds sollen erheblich mehr in Klimaschutz und Klimaanpassung investieren, ebenso in den Erhalt von und den nachhaltigen Umgang mit biologischer Vielfalt und natürlicher Ressourcen, einschließlich Wasser. Das Potenzial für neue Arbeitsplätze in diesen Bereichen ist enorm¹⁰. Alle EU-Fonds sollen Klimaschutz, Energieeffizienz und die Bewahrung der biologischen Vielfalt als wichtige Parameter berücksichtigen.

2. Streichung von umweltschädlichen Subventionen

Derzeit werden positive Bemühungen um eine nachhaltigere Wirtschaft oder einen „grünere“ Haushalt von umweltschädlichen Subventionen konterkariert. Diese Subventionen können und müssen gestoppt werden. Alle Ausgaben gehören hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Klima und biologische Vielfalt auf den Prüfstand. Dadurch lassen sich beträchtliche Mittel freisetzen, die dann für Klima- und Biodiversitätsschutz sowie Investitionen in eine „Green Economy“ ausgegeben werden können.

3. Förderung einer nachhaltigen Entwicklung außerhalb der EU

Außerhalb der EU müssen die EU-Fonds eine nachhaltige und gerechte Entwicklung unterstützen sowie den Umwelt- und

¹⁰ WWF, Low-carbon Jobs for Europe – Current Opportunities and Future Prospects (Kohlenstoffarme Arbeitsplätze – aktuelle Chancen und weitere Aussichten), Juni 2009

Ressourcenschutz fördern. Die EU muss den Weg aufzeigen für ein neues Entwicklungsparadigma auf internationaler Ebene, das die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt.

4. Bindung von Zahlungen an die Sicherung öffentlicher Umweltgüter

Alle Zahlungen aus EU-Fonds sollten davon abhängig gemacht werden, ob neben den ökonomischen Zielen auch öffentliche Umweltgüter erhalten oder neu geschaffen werden. Messbare Ziele sollten eine klare Bedingung in jeder Planungs-, Ausarbeitungs- und Umsetzungsphase sein.

5. Gewährleistung von Transparenz, Rechenschaftspflicht und öffentlicher Beteiligung

Der öffentliche Haushalt und die öffentlichen Ausgaben in der EU müssen auf den Prinzipien der vollständigen Transparenz, der Rechenschaftspflicht und der sinnvollen Einbindung aller Beteiligten einschließlich der zivilgesellschaftlichen Akteure beruhen. Überdies müssen sie regelmäßigen Bewertungen durch nationale und europäische Behörden unterliegen.

6. Konzentration auf die Projekte mit dem größten Zusatznutzen

EU-Fonds müssen sich auf diejenigen Projekte konzentrieren, die der europäischen Öffentlichkeit den größten Zusatznutzen bringen und in denen sich vor allem die europäischen Umweltprioritäten widerspiegeln. Die Einhaltung von Vorschriften und Gesetzen allein darf keine ausreichende Voraussetzung sein, um eine Zuschussung aus EU-Mitteln zu begründen.

7. Verbesserte Durchsetzung ökologischer Standards

Ökologische Standards müssen besser durchgesetzt werden. Ebenso müssen die Überwachung, Bewertung und die Umweltverträglichkeitsprüfung von EU-finanzierten Projekten und Programmen verbessert werden.

8. Anwendung von Indikatoren jenseits der Kennzahlen des Bruttoinlandsproduktes (BIP)

Die Vergabe von Mitteln aus EU-Fonds sollte sich nicht nur an ökonomischen, sondern auch an ökologischen und sozialen Kriterien orientieren. Bis jetzt haben wir uns auf die BIP-Indikatoren als Warnsystem verlassen. Dieses Warnsystem jedoch hat bei der jetzigen Krise versagt.

Zugunsten eines ganzheitlichen Blicks auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt müssen zusätzliche Indikatoren berücksichtigt werden, weil alle Bereiche gemeinsam zum Wohlergehen der Bürger beitragen.

ELEMENTE EINES NACHHALTIGEN EU-HAUSHALTS

Der WWF formuliert spezifische Forderungen in folgenden sieben Schwerpunktbereichen:



Der EU-Haushalt und der Klimawandel

Der Klimawandel war das Hauptthema in der öffentlichen Konsultation zum EU-Haushalt¹¹. Das muss sich im reformierten EU-Haushalt wie folgt niederschlagen:

- Streichung der klimaschädlichen Subventionen, insbesondere für Projekte, die Europa kohlenstoffintensive Lösungen aufzwingen; Dazu gehören vor allem energieintensive Infrastrukturen, der Straßen- und Luftverkehr sowie die Intensivlandwirtschaft.
- Festlegung ehrgeiziger Klimaschutz- und Energieeffizienzziele als Voraussetzung für die Vergabe von Mitteln aus allen EU-Fonds.
- Unterstützung von Plänen für eine Energieinfrastruktur mit modernisierten und neuen intelligenten Stromnetzen, die Europa im Jahr 2050 zu 100 % mit erneuerbaren Energien versorgen.
- Unterstützung von Forschung und Entwicklung im Energiebereich nur dann, wenn es um hocheffiziente erneuerbare Energien und in Richtung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft ohne Kernenergie geht.



Der EU-Haushalt und die biologische Vielfalt

Beim Schutz der biologischen Vielfalt ist *Natura 2000* – das Netzwerk europäischer Schutzgebiete – durchaus eine Erfolgsgeschichte. Jedoch hält die Gefährdung der Natur weiter an. Eine verstärkte und solidere Finanzierung ist daher notwendig, unter anderem in folgenden Bereichen:

- Sicherstellung ausreichender Mittel für *Natura 2000*. 3 bis 4,5 Mrd. Euro pro Jahr sollen aus dem EU-Haushalt kommen; das entspricht 50–75 % der Gesamtkosten, wobei die Mitgliedstaaten den anderen Teil tragen müssen.

¹¹ Europäische Kommission, http://ec.europa.eu/budget/reform/conference/documents_de.htm

- Steigerung des Budgets des speziellen Umweltschutzfonds LIFE+ um das Fünffache.
- Streichung von Subventionen, die sich schädlich auf die biologische Vielfalt auswirken; Verpflichtung aller EU-Fonds zur Berücksichtigung entsprechender Kriterien.
- Stärkere Integration der Finanzierung von *Natura 2000* und biologischer Vielfalt in alle EU-Fonds, um dem Querschnittsthema gerecht zu werden (Integrationsansatz). Vollständige Transparenz der EU-Finanzierungen zur Förderung der biologischen Vielfalt. Außerdem müssen in alle relevanten EU-Fonds Indikatoren eingeführt werden, die dazu führen, dass *Natura 2000*-Gebiete bei der Förderung berücksichtigt werden.
- Etablierung obligatorischer nationaler Finanzierungsprogramme für *Natura 2000*-Gebiete: Das ist ein neues Instrument, um die Prioritäten für den Zeitraum von 2014 bis 2020 umzusetzen und die Transparenz, die Kohärenz und das Monitoring zu verbessern



Der EU-Haushalt und das Wasser

Die Wasserrahmenrichtlinie ist eine erfolgreiche und ambitionierte europäische Richtlinie für die Wasserpolitik. Aber für eine angemessene Durchsetzung sind entsprechende finanzielle Mittel notwendig, die bisher nicht im benötigten Umfang zur Verfügung stehen. Dabei geht es vor allem um:

- die Bereitstellung ausreichender EU-Mittel für innovative Maßnahmen, die unter der Wasserrahmenrichtlinie entwickelt wurden.
- die Streichung schädlicher Subventionen, die einem nachhaltigen Wassermanagement im Weg stehen, insbesondere Subventionen, die den übermäßigen Verbrauch von Wasser – beispielsweise durch Bewässerung in wasserarmen Regionen – noch weiter erhöhen. Die Berücksichtigung etwaiger Wasserproblematiken muss bei der Entscheidung über EU-Investitionen gewährleistet sein.
- die Verbesserung des Integrationsansatzes hinsichtlich des Wassermanagements in allen Förderlinien und Gewährleistung vollständiger Transparenz der EU-Finanzierungen.
- Gewährleistung angemessener Finanzierungen für das ökologische Hochwasserrisikomanagement gemäß der entsprechenden EU-Richtlinie.



Der EU-Haushalt und die Landwirtschaft

Der WWF hat eine neue Gemeinsame Umwelt- und ländliche Entwicklungspolitik (GULEP) entwickelt, um die zunehmend veraltete Gemeinsame Agrarpolitik zu ersetzen¹². Die neue GULEP sieht auf erster Ebene die Zahlung von Mitteln für den Erhalt und die Entlastung der Umwelt vor und auf zweiter Ebene Zahlungen für die Verbesserung und Wiederherstellung der Umwelt (z. B. landwirtschaftliche Nutzflächen mit hohem Naturschutzwert, *Natura 2000*-Gebiete, Gebiete nach der Wasserrahmenrichtlinie). Die neue GULEP hätte folgende Hauptmerkmale:

- Umsetzung eines Modells nachhaltiger Landwirtschaft: Eine neue Politik zur ländlichen Entwicklung würde dazu beitragen, eine nachhaltige Landwirtschaft zu etablieren, in der Rohstoffe, Energie und natürliche Ressourcen effizient genutzt werden.
- Einführung des Verursacherprinzips: Alle Begünstigten müssen belegen, dass sie sich an strenge Vorschriften halten. Maßnahmen, bei denen solche Standards verletzt werden, sollen nicht aus öffentlichen Mitteln bezuschusst werden.
- Bindung von Zahlungen an die Erzielung deutlicher Ergebnisse: Mithilfe von Managementplänen sollten Zahlungen an klar definierte ökologische und sozioökonomische Vorteile für die Öffentlichkeit in ländlichen Gebieten gekoppelt werden.
- Angebot einer langfristigen Sicherung durch zusätzliches Einkommen für Landwirte.
- Vollständig transparente und effiziente Nutzung der Steuergelder.



EU-Kohäsions- und Strukturfonds

Die Kohäsions- und Strukturfonds der EU sollen darauf ausgerichtet sein, in Europa öffentliche Güter bereitzustellen und gleichzeitig kontraproduktive Projekte zu vermeiden¹³. Daher müssen sie folgende Elemente enthalten:

- Förderung des Wohlergehens der europäischen Bürger durch Investitionen in Projekte, die zu einer „Green Economy“ beitragen.
- Verbesserungen durch Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung. Kohäsions- und Strukturfonds sollten einen positiven Beitrag zum Klimaschutz und zur Energieeffizienz leisten.

¹² WWF, Reforming the CAP – WWF vision for Rural Europe 2014 and beyond (Reform der GAP – Die WWF-Vision für das ländliche Europa 2014 und darüber hinaus), September 2009. Siehe auch BirdLife, EEB, EFNCP, IFOAM, WWF, Proposal for a new EU Common Agricultural Policy (Vorschlag für eine neue Gemeinsame Agrarpolitik der EU), März 2010

¹³ Siehe auch BirdLife, Friends of the Earth Europe, CEE Bankwatch Network, WWF, The need for a reform of the future EU Cohesion policy: putting our money where our mouth is (Die Notwendigkeit einer Reform der künftigen EU-Kohäsionspolitik: Umsetzung der erklärten EU-Ziele in die Praxis), Januar 2010

- Investitionen vorantreiben, die dem Erhalt der biologischen Vielfalt und dem nachhaltigen Management der natürlichen Ressourcen dienen.
- Verbesserung der Umweltüberwachung und Bewertung von ökologischen Auswirkungen.
- Stärkere Beachtung von ökologischen Standards in der Planungs- und Durchführungsphase; verstärkte Zusammenarbeit auf allen Ebenen.
- Verbesserung der Verwaltungskapazitäten, insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten.



Der EU-Haushalt und seine entwicklungspolitische Dimension

Der WWF ist der Ansicht, dass die entwicklungspolitische Dimension des EU-Haushalts dahingehend verstärkt werden muss, dass die europäischen Klimaschutzverpflichtungen gegenüber armen Ländern eingehalten werden. Ein nachhaltiges Entwicklungsmodell muss glaubhaft verfolgt werden, u. a. durch:

- verstärkte Unterstützung bei Anstrengungen zur Bewahrung der biologischen Vielfalt und von Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung in Entwicklungsländern sowie standardmäßige Einbeziehung von ökologischen Überlegungen bei allen außenpolitischen und finanziellen Instrumenten.
- signifikante Erhöhung – mindestens auf das Doppelte – der finanziellen Förderung von Investitionen in die Entwicklungshilfe.
- Konzentration eines Großteils der Gelder für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf die ärmsten Länder.
- Verbesserung von Transparenz, Kohärenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht der EU-Hilfen außerhalb Europas, einschließlich des Budgets des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF).
- Gewährleistung, dass die EU-Fonds für Nachbar- und Beitrittsländer vollständig mit der EU-Umweltpolitik in Einklang stehen.



Der EU-Haushalt und die Fischerei

Die Fischereisubventionen der EU dürfen nicht dazu führen, dass die Fischbestände in Europa und weltweit weiter schwinden. Deshalb müssen sich folgende Punkte im nächsten EU-Haushalt niederschlagen:

- Streichung schädlicher direkter oder indirekter Subventionen wie beispielsweise die Steuerfreiheit für Treibstoff. Außerdem dürfen öffentliche Gelder nicht an Schiffseigentümer vergeben werden, die gegen das Gesetz verstoßen.
- Bindung von Zahlungen an klar definierte Ergebnisse langfristiger Managementpläne aller Fischereibetriebe.
- Finanzierungen bevorzugen, die es den Fischereien ermöglichen, die festgelegten Ziele innerhalb eines langfristigen Managementplans zu erreichen: Senkung der Kapazitäten, Reduzierung der Rückwürfe, Verringerung von Schäden an Lebensräumen, ökonomische Diversifizierung sowie Forschung und Kontrollen.
- Gewährleistung von Kohärenz zwischen der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik und der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf die Fischerei-Partnerschaftsabkommen, die ausschließlich die nachhaltige Fischerei in den Gewässern von Drittländern unterstützen sollten.



This programme is implemented with the support of the European Union. The contents of this publication are the sole responsibility of WWF and can in no way be taken to reflect the views of the European Union.

DER EU-HAUSHALT MUSS DEM WOHLERGEHEN DER EU-BÜRGER DIENEN.

Der EU-Haushalt braucht eine radikale Reform, um dem immensen Ausmaß der ökonomisch-ökologischen Systemkrise gerecht zu werden. Der nächste Haushalt muss einer langfristigen Vision für Europa und die Welt entsprechen, die auf dem Wohlergehen der Bürger in einer Wirtschaft gründet, die nur einen Planeten zur Verfügung hat. Zumal Investitionen in die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Planeten unmittelbare soziale und ökonomische Vorteile bringen.

Die EU kann und muss deshalb Verantwortung übernehmen. Sie muss sicherstellen, dass das Geld der Bürger in eine Wirtschaft der Zukunft investiert wird, die ihnen, ihren Kindern und künftigen Generationen Sicherheit bietet.

Ansprechpartner beim WWF Deutschland:

Alois Vedder

Leiter Politik
alois.vedder@wwf.de

Peter Torkler

EU-Strukturfonds
peter.torkler@wwf.de

Barbara Lueg

Internationale Klimapolitik
barbara.lueg@wwf.de

Günter Mitlacher

Biodiversitätspolitik
guenter.mitlacher@wwf.de

Matthias Meissner

Landwirtschaftspolitik
matthias.meissner@wwf.de

Karoline Schacht

Fischereipolitik
karoline.schacht@wwf.de

Georg Rast

Wasserpolitik
georg.rast@wwf.de

	<p>Unser Ziel Wir wollen die weltweite Zerstörung der Natur und Umwelt stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Harmonie miteinander leben.</p> <hr/> <p>wwf.de</p>
---	--

WWF Deutschland

Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

+49 (0)30 311 777 100
+49 (0)30 311 777 603

WWF Deutschland

Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 30 87 42-0

Fax: +49 (0)30 30 87 42-50

E-Mail: info@wwf.de

www.wwf.de

Spendenkonto 2000

Bank für Sozialwirtschaft

BLZ 550 205 00

